

(Karl Liebknecht)

September 1954 Nr. 85 Preis S 2.-

I n h a l t :

ZUR WELTLAGE - In einer neuen Phase	S. 1
ÖSTERREICH - WAHLEN IN DER KONJUNKTUR	S. 5
EVG und deutsche Wiederaufrüstung	S. 17

I n e i n e r n e u e n P h a s e

Das Scheitern der EVG hat zu einer neuen Phase in der Entwicklung der Weltlage geführt. In Genf ist es zwischen den beiden Lagern zu einem begrenzten Kompromiß gekommen, von dem sich jedoch der USA-Imperialismus deutlich distanzierte. In Brüssel stand die EVG auf der Tagesordnung. USA und Westdeutschland drängten auf ihre Realisierung. Anstatt dessen kam sie zu Fall. Die Furcht des geschwächten französischen Imperialismus vor einer neuen deutschen Hegemonie im kapitalistischen Teil Europas hat die Haltung Mendes-France bestimmt. Er sorgte auch dafür, daß die Pariser Abstimmung die EVG endgültig auf den Misthaufen beförderte. Die französische Bourgeoisie hält weiterhin an ihrem Standpunkt fest, wie die kühle Aufnahme von Edens Vorschlägen in Paris zeigte.

Während es also in Genf zu einem begrenzten Kompromiß zwischen den beiden Lagern gekommen ist, kamen die Imperialisten unter sich zu keinem Kompromiß. Das kennzeichnet die Krise, in der das imperialistische Lager steckt. Seit dem Fall der EVG sind der englische und der USA-Imperialismus sehr geschäftig geworden. Eden ging auf seine "Blitzreise" durch Europa; ihm folgte Murphy und plötzlich dann - nach der Wahlniederlage Adenauers in Schleswig-Holstein - Dulles selbst. Er flog zu Adenauer und zu Churchill, nicht aber nach Paris. Damit demonstrierte USA deutlich, wer künftig sein Hauptdegen in Europa sein soll: Westdeutschland.

Warum ging Eden auf seine "Blitzreise"? Der Fall der EVG wirkte wie eine Bombe. Der englische Imperialismus trat für die EVG ein - aber ohne England. Er hatte nichts gegen die deutsche Wiederaufrüstung und nichts dagegen, daß Frankreich die Kosten der EVG tragen sollte

(Teilverzicht auf Souveränität usw.). Er wollte sich die alte Rolle als Schiedsrichter bei einem neuen "Gleichgewicht der Kräfte" in Europa sichern. Dieses Gleichgewicht sollte durch die deutsche Wiederaufrüstung, gerichtet gegen die USSR, hergestellt werden. Um die EVG zur Annahme zu bringen, drückte England gemeinsam mit USA auf Frankreich, drohte es wie USA mit der Wiederherstellung der vollen deutschen Souveränität im Falle einer französischen Weigerung. Warum diese Politik Churchills? Der englische Imperialismus hat durch die koloniale Revolution schwere Schläge erhalten; er ist in Asien und Afrika zu großen Rückzügen gezwungen worden. Er ist daher höchst interessiert daran, daß in Europa ein neues Kräftegleichgewicht zustande kommt, daß ein kapitalistisches "Vereintes Europa", selbst unter Führung des deutschen Imperialismus, wenn es nicht anders geht, entsteht, gerichtet gegen die USSR und ihren Block. Sich selbst aber will er aus einem solchen "Vereinten Europa" heraushalten, um seine Kräfte zur Niederwerfung der kolonialen Bewegungen frei zu haben und in Europa den Schiedsrichter spielen zu können. Diese englische Politik in Europa fußt auf der Gesamtpolitik Churchills in den letzten Jahren, die - als Folge der Siege der kolonialen Revolution - den Krieg möglichst hinausschieben, einen günstigeren Wind für den Imperialismus abwarten will. Das hat ja bereits einigemal zu Differenzen mit USA geführt; zuletzt in Genf.

Diese Politik hat im Grunde auch Mendes-France eingeschlagen, und aus dem gleichen Grunde: die Siege der kolonialen Revolution erlauben dem französischen Imperialismus derzeit keine andere Politik. Natürlich kann er nicht daran denken, in Europa den Schiedsrichter zu spielen. Im Gegenteil: will er seine geschwächte Position auch nur halbwegs behaupten, dann kann er in Europa keinerlei Risiko eingehen, wie z.B. bei der Schaffung der EVG. In einem solchen Falle würde er nämlich rasch auf die Position Spaniens absinken. Deshalb widersetzte sich Mendes-France der EVG, steht er Edens Plänen mißtrauisch gegenüber.

Das Scheitern der EVG hat aber die ganze imperialistische Politik der Kriegsvorbereitung, besonders die der USA, ein großes Stück zurückgeworfen. Dem USA-Imperialismus bleibt nur ein Weg offen: die deutsche Wiederaufrüstung rasch und ohne jede Rücksichtnahme auf englische oder französische Widerstände oder Bedenken durchzuführen. Als künftiger Hegemon des kapitalistischen Teils Europas soll Deutschland dann die anderen Imperialisten im Zaum halten helfen. Diesen Sinn hatte der Bonner Besuch von Dulles. Churchill hat er auf der Heimreise noch rasch "informiert"; Paris ließ er links liegen.

England sieht nun seine Schiedsrichterrolle, die es sich in Europa zugedacht hat, bedroht. Der alte Brüsseler Pakt soll, das ist Edens Plan, um Westdeutschland erweitert werden, wobei England einige kleine Konzessionen an Frankreich machen will. Im Grunde aber soll ein EVG-Ersatz geschaffen werden; der die deutsche Wiederaufrüstung ermöglicht, allerdings in der Hauptsache wieder auf Kosten der Stellung Frankreichs, dessen Befürchtungen kaum kleiner geworden sind. Die kommende Neunmächtekonferenz in London soll England also wieder zu seiner geplanten Schiedsrichterrolle verhelfen. Es bestehen aber wenig Aussichten, daß es Erfolg haben wird.

Das zeigen die neuen Vorschläge von Mendes-France, die er in Straßburg gemacht hat. Ihr Hauptpunkt ist die enge Beteiligung Englands an jeder europäischen Allianz - die England nicht einzugehen bereit ist. Außerdem sind die bloß zwölf Divisionen und die diversen Kontrollen, die der französische Imperialismus bei seinem neuen Plan Deutschland zugedacht hat, dem USA-Imperialismus ein Dorn im Auge: er braucht eine mächtige deutsche Armee, die dafür sorgen soll, daß das kapitalistische Europa, von ihr kontrolliert, ein solider Eckpfeiler der imperialistischen Front gegen die USSR-China wird.

Es bleibt also fraglich, ob sich USA mit dem Ergebnis der Neunerkonferenz - sofern sie ein solches haben wird - zufrieden geben wird.

Die imperialistischen Differenzen entspringen in letzter Instanz der verschiedenen Lage, in die die einzelnen Imperialisten durch die Siege der kolonialen Revolution geraten sind. England und Frankreich müssen kurz treten; England träumt überdies von einer europäischen Schiedsrichterrolle. Die USA-Bourgeoisie, die die kapitalistischen Gesamtinteressen viel klarer sieht und konsequenter vertritt, weiß, daß angesichts des für die Revolution weiterhin günstigen Kräfteverhältnisses nicht viel Zeit zu verlieren ist. Sie treibt daher unbeeinträchtigt die Kriegsvorbereitungen vorwärts, wenn sie auch angesichts der verworrenen Lage im imperialistischen Lager keinen entscheidenden Schritt zum Krieg wagen kann, vorläufig wenigstens. Die deutsche Bourgeoisie wieder strebt danach, die Gegensätze unter den anderen kräftig zu nutzen und rasch volle Souveränität und Wiederaufrüstung zu erlangen. Adenauer wird sich auf der Neunmächtekonferenz kaum geduldiger als USA zeigen; er wird mit neuen Forderungen auftreten, wie er dies schon nach dem Fall der EVG getan hat. Die neuen Vorschläge von Mendes-France hat er ja so gut wie abgelehnt. Es stimmt sicher, wenn die kapitalistische Presse von einem "letzten Versuch" zur einvernehmlichen Schaffung einer "Europa-Armee" spricht, den die Neunmächtekonferenz darstellt. Scheitert auch sie, was wahrscheinlich ist, dann wird es zur "tragischen Revision" der USA-Außenpolitik kommen: an die Stelle der bisherigen umfassenden Pakte wird das System von Einzelbündnissen der USA mit den anderen Imperialisten treten, zuerst einmal mit Deutschland. Bei einem solchen System können die USA ihren Druck auf die einzelnen Imperialisten viel unmittelbarer und rücksichtsloser ausüben als bisher. Die "Politik der Stärke" wird in der neuen Phase zunächst innerhalb des imperialistischen Lagers florieren.

Ein solches Vorgehen ist natürlich keineswegs geeignet, die innere Festigkeit des imperialistischen Lagers herzustellen. Aber dem Imperialismus, voran dem USA-Imperialismus, bleibt keine andere Wahl. Dieser ist es, der die durch das Scheitern der EVG geschaffene Weltlage besonders klar erkennt und danach sein Handeln ausrichtet.

Der kapitalistische Teil Europas ist ohne ernste militärische Deckung. Das Scheitern der EVG hat diesen Zustand neuerlich verlängert. Die große Gefahr, der sich der Imperialismus gegenüber sieht, ist die, daß er in Asien in einen neuen Teilkrieg verwickelt werden könnte, d.h. daß ein Vorstoß der kolonialen Revolution zu einem neuen Teilkrieg führt. Ein solcher würde nach der Lage der Dinge in der Hauptsache von den USA geführt werden müssen - was sie vermeiden wollen. Sie haben bisher alle Teilkriege verloren - Korea, Indochina. Darum will USA keinen solchen Teilkrieg mehr und sucht ihm auszuweichen. Darum hat es Syngman Rhee zurückgepfiffen, pfeift es Tschang-Kai-Schek zurück. Darum will es Kimoy nicht "verteidigen", will es erst in einem "Angriff" auf Formosa den Kriegsfall sehen. Darum will es in Europa die rasche Wiederaufrüstung Deutschlands, um die Gefahr eines neuen verlustreichen Teilkrieges in Asien zu vermindern. Wird es einem solchen aber ausweichen können?

Die Beantwortung der Frage hängt nicht allein vom Willen des Kreml oder Pekings ab. Die Dynamik der kolonialen Revolution, durch den Sieg in Indochina neuerlich angetrieben, hat sich in Asien bereits zweimal stärker erwiesen als diplomatisch-bürokratische Manöver. Sie kann unvermittelt wieder hervorbrechen und den günstigen Zeitpunkt nutzen, der sich heute zum neuerlichen revolutionären Angriff auf den Imperialismus bietet. Umsomehr, als sich in Südvietnam Anzeichen des raschen Zerfalls des dortigen Regimes zeigen, der Südostasienpakt, den Dulles in aller Eile fabrizierte, keinen ernstesten Faktor darstellt, da weder England noch Frankreich heute in Asien Krieg zu führen gewillt sind, und Japan in voller Gärung begriffen ist, die

einem Ausbruch zutreibt. Die Entwicklung des Klassenkampfes in Europa geht in die gleiche Richtung. Die jüngsten Kämpfe des deutschen Proletariats sind mächtige Hindernisse für Dulles und Adenauer, deren Pläne durch den Klassenkampf noch kräftig gestört, wenn nicht zerschlagen werden können.

+ + +

Die neue Phase in der Entwicklung der Weltlage besteht also darin, daß der allgemeine Krieg, den der Imperialismus vorbereitet und den er will, neuerlich hinausgeschoben erscheint, dafür aber die Möglichkeit eines neuen Teilkrieges in Asien gegeben ist - den der Imperialismus nicht will, weil er ihn für die Generalauseinandersetzung nur schwächen kann. Der neue "Teilkrieg" würde natürlich im Wesen einen neuen Vorstoß der kolonialen Revolution darstellen bezw. die konterrevolutionäre Abwehr eines solchen durch den Imperialismus. Kann es aber nicht zu einem Krieg China-USA kommen? Kann ein solcher noch als "Teilkrieg" angesehen werden? Die Möglichkeit eines solchen Krieges ist nicht ausgeschlossen. Der USA-Imperialismus wird aber alles versuchen, um seine Kräfte für die Generalauseinandersetzung aufzusparen. Bleibt die Frage, ob er es können wird - und ob es ihm gestattet wird! Daß ein Krieg USA-China die Einleitung zur allgemeinen Auseinandersetzung sein wird, darüber besteht kein Zweifel. Von "Teilkrieg" könnte man dann nicht mehr sprechen. Wohl besteht aber die Möglichkeit, daß ein solcher "isolierter" Krieg längere Zeit hindurch währt, bevor er sich zum allgemeinen erweitert. Dieser wird dann aber eher Revolution als Krieg sein.

In der neuen Phase, in die die Weltlage gelangt ist, wird der Kreml alles versuchen, um ein Kompromiß mit dem Imperialismus auf der Basis des status quo, der "friedlichen Koexistenz" herbeizuführen. Das Scheitern der EVG bedeutet für die Kremldiplomatie einen großen Sieg, den sie zum Erreichen eines solchen Kompromisses zu nutzen sucht. Aber immer klarer wird, daß der Imperialismus ein solches Kompromiß - trotz des Genfer Teilkompromisses - nicht annehmen kann. Seine Basis wird immer enger, bedrohter; der status quo ist in ständigem Fluß zugunsten der Revolution. Den allgemeinen Krieg, und kein Kompromiß, braucht der Imperialismus, um dieser Lage Herr zu werden. Aber: je dringender, notwendiger er den allgemeinen Krieg brauchte - umso weniger ist er politisch in der Lage, ihn zu führen, muß er da einen neuen Schlag einstecken, dort einen Rückzug antreten. Diese Lage kann und wird die Kremldiplomatie immer wieder ausnützen. Sie wird aber ihrem Ziele, dem dauerhaften Kompromiß mit den Imperialisten, keinen Schritt näher kommen: denn die Revolution ist - neben dem Imperialismus - die zweite geschichtliche Kraft, die heute auf der Weltbühne handelt, und nicht die Kremlbürokratie. Diese Kraft ist es, die einem Kompromiß der Bürokratie mit dem Imperialismus immer mehr im Wege steht. In der neuen Phase der Weltlage wird diese Kraft den imperialistischen Anstrengungen, den allgemeinen Krieg auszulösen, immer kräftiger entgegenwirken und zu einem tödlichen Risiko machen. Sie hat bereits dazu geführt, daß das imperialistische Lager in Konfusion und Schwanken geraten ist. Sie wird den Imperialismus dennoch nicht hindern können, den Krieg auszulösen. Aber sie wird bewirken, daß der einmal ausgebrochene Krieg rasch in die Revolution umschlagen wird. In Asien wird er von Beginn an ihr Gesicht zeigen. Das heißt aber, daß der Krieg viel schneller mit der Vernichtung des Imperialismus enden wird. Die Kremlbürokratie hat keine Chance, über den Imperialismus siegenden Massenbewegung zu widerstehen. Sie wird durch das Proletariat gestürzt werden, das die Arbeiterdemokratie wiederherstellen wird. Um seine

welthistorischen Aufgaben lösen zu können, zum Sieg über Imperialismus und Krenlbürokratie ohne große Umwege und Opfer zu gelangen, bedarf das Proletariat mehr denn je seiner Klassenführung, der Weltpartei der sozialistischen Revolution, der IV. Internationale. Die neue Phase in der Entwicklung der Weltlage wird das noch deutlicher machen als je vorher.

Ö S T E R R E I C H - W A H L E N I N D E R
=====

K O N J U N K T U R
=====

Die Konjunktur

Seit Monaten herrscht in Österreich eine ausgeprägte Konjunktur. Die hohen Ausfuhrziffern behaupten sich seit längerer Zeit. Vom Jänner bis zum Mai stieg die Industrieproduktion um 31% - wuchs also um fast ein Drittel. In diese Periode fiel bekanntlich die große Arbeitslosigkeit mit mehr als 300000 Arbeitslosen. Das beweist den hohen Grad der Rationalisierung, den die österreichische Wirtschaft heute erreicht hat. Gegenüber 1937=100 hat heute die Produktion die Höhe von 195 erreicht, d.h. sie hat sich beinahe verdoppelt. Fassen wir kurz die wichtigsten Ursachen der jetzigen Konjunktur zusammen:

- a)- Der Rückschlag der USA-Wirtschaft hält sich seit Monaten beinahe konstant bei einem gegenüber 1953 um 10% abgesunkenen industriellen Produktionsindex. Die Auswirkungen dieses begrenzten Rückschlages auf die österreichische Wirtschaft sind bislang ohne Bedeutung. Sicher ist, daß die republikanische Regierung alles unternimmt, um vor den Wahlen im November den Rückschlag nicht stärker werden zu lassen.
- b)- Der österreichische Export hat, angekurbelt durch die vorjährige Schillingabwertung, einen großen Aufschwung erlebt; er beträgt heute - in Dollar ausgedrückt - 290 Millionen gegen 114 Millionen im Jahr 1937.
- c)- Die Liberalisierung hat den österreichischen Kapitalisten anscheinend mehr Vorteile als Nachteile gebracht.
- d)- Die Bourgeoisie hat in der Frage der öffentlichen Investitionen und des Wohnbaues eine gewisse Wendung vollzogen. Fast 1 Milliarde wird jährlich aus Budgetmitteln investiert; ein 10-Milliarden-Plan, auf 10 Jahre berechnet, wurde beschlossen. Dazu treten noch Anleihen usw. Folge dieser Politik ist eine ausgesprochene Baukonjunktur (Wohnbau, Autobahn, Kraftwerke).
- e)- Langfristige Aktionen zur Ausweitung des Absatzes an Elektro- und Gasgeräten, aber auch an Möbeln wurden gestartet, die arbeits-schaffend wirken.
- f)- Ende August wurden aus den Counterpartmitteln (Schillingerlöse der aus der USA-Hilfe gelieferten Waren) 800 Millionen freigegeben, die für Investitionen verwendet werden und die Konjunktur verlängern helfen.

Während sich bisher die Konjunktur vorwiegend auf die Export- und die Bauindustrie erstreckte, die anderen Industriezweige jedoch stagnierten, beginnt sich in der letzten Zeit auch auf dem Binnenmarkt eine Belebung zu zeigen. Die Textilindustrie scheint heute die Stagnation überwunden zu haben. Eine Hochkonjunktur beginnt sich abzuzeichnen. Dieses Bild wird unterstrichen durch den neuen Höchst-

stand an Beschäftigten und einen gewissen Facharbeitermangel. Die Arbeitslosenzahl ist unter 100.000 gesunken, ist aber immer noch relativ hoch. (Wobei nicht vergessen werden darf, daß die schulentlassenen Jugendlichen nicht erfaßt sind). Die Steigerung der Produktivität je Einzelarbeiter beträgt gegenüber 1953: 17%, d.h. die Rationalisierung ist weit vorangetrieben worden.

Die Entfaltung der Konjunktur ging im Frühjahr und Sommer Hand in Hand mit einer stetig ansteigenden Teuerung, besonders bei Fleisch und Gemüse. Heute noch liegen diese Preise über dem Niveau von 1953.

Die Konjunktur änderte auch vollkommen die Währungslage. Der Schilling ist heute neben dem Schweizer Franc die stärkste Währung Europas (1947: 100 Schilling = 2.50 sfr, jetzt: 100 Schilling = 17 sfr). Man könnte fast sagen, daß heute "Vollbeschäftigung kombiniert mit Alpendollar" zur Tatsache geworden ist, natürlich mit Einschränkungen. Und das hat sich im Verlaufe eines Jahres, ja eines halben Jahres vollzogen! Das "österreichische Wunder" ist noch "wunderbarer", da ja seit Jahresbeginn die USA-Hilfe eingestellt worden ist.

Wie ist es zu dieser günstigen Entwicklung gekommen? Wir haben oben auf ihre Hauptursachen hingewiesen und von einer gewissen Wendung in der Haltung der Bourgeoisie gesprochen. Kamitz, der vor zwei Jahren als Vorkämpfer der Deflation in das Kabinett eingetreten ist, hat sich seither als sehr wendig erwiesen. Sein Kurs steuerte einmal in die Richtung der Deflation, dann wieder in die der Inflation - wobei er sich geschickt den Tatsachen der Weltwirtschaft anzupassen wußte. Dieser Doppelkurs entsprach außerdem den wirtschaftspolitischen Ansichten der beiden Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ. Der Kamitzkurs verwandelte sich in einen ausgesprochenen Kurs des wirtschaftlichen Kompromisses; besser gesagt: er ist ein Zickzackkurs, der beiden Seiten gerecht zu werden versuchte! Und bei Vorliegen bestimmter günstiger internationaler Bedingungen gelang es diesem Doppelkurs tatsächlich, große Erfolge zu erzielen, die sowohl die ÖVP als auch die SPÖ auf ihr Konto buchen.

Der elastische Kurs von Kamitz, so überaus erfolgreich für die Bourgeoisie, weist tatsächlich die Merkmale zweier entgegengesetzter Tendenzen auf. "Le Monde", das französische Bourgeoisblatt, spricht von einem "dirigierten Liberalismus", den Kamitz betreibt: teils "Dirigismus", also staatliches Eingreifen in die Wirtschaft - teils "Liberalismus", d.h. Zulassen des "freien Spiels der Kräfte" in der Wirtschaft. Dieser kombinierte Wirtschaftskurs, den Kamitz eingeschlagen hat, führte unter Ausnutzung günstiger internationaler Umstände zu der heutigen Konjunktur.

Wenn andererseits die SP vor einigen Monaten verkündete: Kamitz hat unser Programm übernommen, so ist in der Tat daran etwas Wahres. Das SP-Wirtschaftsprogramm ist auf ein aktives Eingreifen des kapitalistischen Staates in die wirtschaftlichen Prozesse ausgerichtet; es sucht vor allem mittels staatlicher Investitionen ein scharfes Abgleiten in die Krise zu verhindern. Kamitz hat nun zusammen mit Raab im Sommer tatsächlich eine Wendung vollzogen: sie übernahmen Teile des SP-Programms, vor allem hinsichtlich der staatlichen Investitionen. Wie weit hier auch die bevorstehenden Wahlen eine Rolle gespielt haben, wird die Zukunft lehren. Sicherlich erleichterten es die Erfolge in Export und Fremdenverkehr der Bourgeoisie, der SP entgegenzukommen.

Vergleichen wir die heutige Wirtschaftslage Österreichs mit der Prognose, die wir selbst vor wenigen Monaten gegeben haben, so müssen wir uns klar darüber sein, daß eine gewisse Korrektur unserer Einschätzung notwendig ist. Wir haben damals die Wirtschaftslage als Stagnation bezeichnet und sahen das Abgleiten in die Krise voraus. Diese Perspektive hat sich zunächst nicht bestätigt. Im Gegenteil, es trat eine Konjunkturperiode ein. Wir haben in erster Linie die de-

flationistische Seite des Kamitzkurses gesehen und seinen kombinierten Charakter zu wenig beachtet. Sicherlich konnte Kamitz diesen Kurs nur segeln, weil günstige internationale Umstände, z.B. der relativ geringe Rückschlag in USA, ihm das erleichterten.

Wir müssen nun die Frage nach der Dauer der jetzigen Konjunktur richtig zu beantworten suchen, um die kommende Entwicklung besser vorausszusehen.

Die beiden Eckpfeiler der Konjunktur bilden zweifellos die Export- und die Bauindustrie. Der Fremdenverkehr hat natürlich große Bedeutung, kommt aber als Basis der Konjunktur kaum in Frage. Die Exportindustrien sind sehr empfindlich. Relativ geringe Verschiebungen auf dem Weltmarkt, zusammen mit Auftauchen neuer Konkurrenten können ihre Märkte rasch zum Erliegen bringen. Die wichtigsten Abnehmer Österreichs sind heute Westdeutschland, Italien und USA. Eine krisenhafte Lage in diesen Ländern wird sich unvermeidlich auf den österreichischen Export auswirken. Allerdings bleibt dann immer noch eine Reserve: der Handel mit dem Osten, der bislang nicht aktiviert worden ist. Die Baukonjunktur, deren versuchte Ausdehnung auf die Wintermonate bisher nur geringe Resultate gezeitigt hat, kann stabileren Charakter haben. Sie erstreckt sich ja nicht nur auf Wohnbau, sondern auch auf Straßen- und Kraftwerksbau. Ein rasches Versiegen der Baukonjunktur würde in der Tat schlimme Folgen haben: die Kassandrarufer, die in dieser Frage jüngst laut wurden, beweisen, daß es im Winter kaum gelingen wird, ein Anschwellen der Arbeitslosenzahl über 300.000 hinaus aufzuhalten. Das 10-Milliarden-Programm erlaubt zwar Vorgriffe auf die Zukunft; aber auch sie werden nicht viel helfen. Überdies führt die heutige Baukonjunktur zu einer weiteren Ausdehnung der Bauindustrien, auf welchen Umstand Böhm bereits im letzten Winter hingewiesen hat. Er verlangte damals für die Bauarbeiter die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten in anderen Industrien; einen anderen Ausweg sah er nicht. Die neue Konjunktur hat die Frage noch verschärft.

Export- und Baukonjunktur hängen in bestimmten Grade auch voneinander ab. Geht nämlich die Exportkonjunktur zu Ende, dann bewirkt die ansteigende Arbeitslosigkeit ein Sinken der Steuereinnahmen und gleichzeitig erhöhte Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. Die weitere Auswirkung ist dann das Beschneiden der staatlichen Investitionen, die heute die Baukonjunktur wesentlich aufrechterhalten, und damit die Bedrohung der Baukonjunktur selbst.

Zu Export und Bauten treten in letzter Zeit auch die Konsumgüterindustrien, die für den einheimischen Markt produzieren. Hier hat die Sache aber einen Haken: während der Export im letzten Jahr eine enorme Steigerung erlebt hat, ist der Import sogar gesunken! Ursache ist die niedrige Kaufkraft der Massen in Österreich, die in der gleichen Periode zu einem Absinken der Importe geführt hat! An diese Schranke der niedrigen Konsumkraft der österreichischen Arbeiter stößt die einheimische Konsumgüterindustrie, wobei noch hinzukommt, daß durch die Verteuerung der wichtigsten Lebensmitteln ein größerer Teil der Massenkaukraft aufgezehrt wird. Wenn also die wieder in die Produktion zurückgekehrten Arbeitslosen einen gewissen Aufschwung der Konsumgüterindustrien ermöglicht haben, so wird die Schranke der niedrigen Reallöhne ihn bald wieder stoppen.

Die Konjunktur wird also noch einige Zeit anhalten. Sie hat gewisse Reserven geschaffen, die den kapitalistischen Staat erlauben, ein rasches Abgleiten in die Krise zu verlangsamen. Eine gewisse Reserve bedeutet auch der Osthandel. Der Rückschlag in USA wird sich kaum vor den Novemberwahlen verschärfen. Überdies muß auch der weltpolitische Faktor in Rechnung gestellt werden. Bourgeoisie wie SP-Führung sind sich sicherlich darin einig, jede scharfe Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage in der jetzigen weltpolitischen Situation zu vermeiden. Auch dieser Umstand kann zur Wendung

von Raab-Kamitz im Sommer beigetragen haben. Deutlicher spricht hier die plötzliche Freigabe der 800 Millionen Counterpartmittel, die ausdrücklich für Investitionen in Niederösterreich und Burgenland, also in der russischen Zone, bestimmt sind. Dieses weltpolitische Moment dürfen wir nicht unterschätzen: je mehr sich der weltpolitische Gegensatz verschärft, umso mehr werden sich Bourgeoisie und SP, gestützt von USA, bemühen, den Ausbruch scharfer krisenhafter Entwicklungen in Wirtschaft und Politik hintanzuhalten. Im Herbst soll Raab nach USA. Die Frage der Aufrechterhaltung der österreichischen Konjunktur wird sicherlich eine der Hauptfragen sein, die Raab behandeln will.

Wir müssen also für die nächste Zeit mit einer weiteren Andauer der wirtschaftlichen Konjunktur rechnen, die natürlich nicht immer auf der gleichen Höhe verbleiben wird.

Die politische Lage

Die Konjunktur ermöglicht der Bourgeoisie, ihren Koalitionskurs mit der SP fortzusetzen. Schien es zu Jahresbeginn, als ob der Bruch der relativen politischen Stabilität bevorstünde (Raab: "Disiger Wind in der Koalition"), so hat die zunehmende Konjunktur wieder ein günstiges Klima für die Koalition geschaffen. Die Bourgeoisie verdient überreichlich an der Konjunktur, sie kann "Fett" ansetzen, um die Kompromisspolitik mit der SP fortsetzen zu können. Sie fährt dabei garnicht schlecht.

Zu den überreichlichen Profiten kommt eine Reihe von Gesetzen, die das Parlament noch vor den Ferien beschloß und die alle den Kapitalisten über eine Milliarde eintragen: Schillingseröffnungsbilanzgesetz; Gesetz über die Entschädigung der früheren Aktionäre der verstaatlichten Unternehmen; der erste Teil der sogenannten "Kapitalmarktgesetze". Dagegen wurde das Preisregelungsgesetz, das z.B. auch Mietzinsregelung vorsah, beseitigt. Kamitz nahm im ersten Halbjahr fast eine Milliarde mehr an Steuern ein: er wird dafür sorgen, daß die Geschenke an Banken und Unternehmer aus dieser Beute noch größer werden. Nicht zu vergessen, daß die Zölle auf viele Artikel des Massenkonsums, z.B. Kaffee, erhöht wurden, um eine Auswirkung des Preisrückgangs auf dem Weltmarkt im Profitinteresse der Importeure zu verhindern. Die Exportunternehmer wieder stecken jährlich Hunderte Millionen, wie die "Arbeiter-Zeitung" vom 29. August feststellt, an "Exportprämien" ein. Die Banken, die derzeit über 20 Milliarden an liquiden Geld verfügen, denken nicht daran, den hohen Zinsfuß für Leihgelder zu senken.

Beim Essen kommt bekanntlich der Appetit und so nützt die Bourgeoisie die Konjunktur aus: weitere "Kapitalmarktgesetze", die "Bankenrekonstruktion" lies: Geschenke für die Bankiers und Großunternehmer, sollen folgen; die Kapitalisten fordern Beseitigung der "Doppelbesteuerung" der Aktien, die Senkung der Autosteuer usw.

Nicht übersehen dürfen natürlich die Großagrarien und Großbauern werden: sie exportierten zur selben Zeit, da sie den Viehimport praktisch sperrten, ins Ausland, um das Hinaufklettern der inländischen Fleischpreise zu fördern und so dick zu verdienen. Gemüse- und Obstverbände plünderten die Massen durch steigende Preise aus - diese liegen, wie die Fleischpreise, immer noch höher als je zuvor.

Die Bourgeoisie heimste aber nicht nur Profite und parlamentarische Vorteile ein: auch außerparlamentarisch konnte die ÖVP einiges erringen. So den Freispruch für Krauland (kraft "Plündereramnestie"!) und die Vermögensrückgabe an den Banditen Starhomberg, wozu ihr der Verfassungsgerichtshof die Handhabe lieferte.

Was heimste nun die SP für ihr "Mitwirken" in und außerhalb des Parlaments ein? Die Bourgeoisie verstand sich zu der von der SP ge-

Forderten Rentenreform und den neuen Wohnbaugesetzen; die staatliche Investitionen von jährlich 1 Milliarde vorsehen, sowie dem 10-Milliarden-Programm (für zehn Jahre) für staatliche Investitionen. Das waren die Gesetze, bei welchen sich die Wendung der Bourgeoisie zeigte: Kamitz, der zwei Jahre vorher mit dem Kampf gegen staatliche Investitionen und für Rentenkürzung begonnen hatte, akzeptierte jetzt ein jährliches Milliardenprogramm, ja, ein Zehn-Milliarden-Programm, und eine Rentenerhöhung dazu! Die "Arbeiter-Zeitung" triumphierte. Hatte doch wenige Monate vorher noch Raab vom "eisigen Wind in der Koalition", die ÖVP-Presse aufs neue von der "Fürsorgeinflation" gesprochen!

Die Zugeständnisse der Bourgeoisie waren aber im Grunde keineswegs so großartig, wie sie die SP-Führung hinstellte. Sie waren für die Arbeiter mit der Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge und der Verdoppelung des Wohnbaubeitrages verbunden. Die Bourgeoisie ließ sich ihre Zugeständnisse - von den Arbeitern bezahlen. Dennoch rief und schrieb die SP von ihrem "Sieg über Kamitz".

Es muß daher für sie ein furchtbarer Schlag gewesen sein, als sie am 28. Juni mit diesem "Sieg" vor die sozialistischen Betriebsräte treten wollte - und eine Abfuhr erlebte, wie noch nie seit 1945. (siehe "Spartakist" Nr. 83, Juli 1954).

An diesem 28. Juni kam nämlich in der Haltung der großen Mehrheit der sozialistischen Betriebsräte von Wien und Niederösterreich eine Tatsache zum Ausdruck: An der kapitalistischen Konjunktur hatten die Massen der Arbeiter und Angestellten bislang - außer der erhöhten Ausbeutung - überhaupt keinen Anteil gehabt. Im Gegenteil: Die seit dem Frühjahr stetig ansteigende Teuerung, vor allem bei Fleisch und Gemüse (- die Preise lagen im Juni um 10% höher als im Jahr vorher -) hatten die Lage der Massen noch verschlechtert. Darüber wollten die Betriebsräte am 28. Juni sprechen. Sie waren auch bereit, eine Aktion zur Warnung an die Adresse der Bourgeoisie zu setzen - den vielen Worten und Artikeln der SP- und Gewerkschaftsführung einmal eine Tat folgen zu lassen. Die Betriebsräte dachten noch garnicht daran, den Anteil der Arbeiter an der Konjunktur zu fordern; wie dies z.B. die deutsche Arbeiterklasse in ihren jüngsten Kämpfen getan hat. Nein, sie wollten nur die Abwehr der Preistreiberei, die den Massen zu arg zu werden begann.

Anstatt also den Parlamentspackeleien der SP-Führung das erwartete Lob auszusprechen, brachten die sozialistischen Betriebsratsobmänner in ihrer großen Mehrheit ihre tiefe Unzufriedenheit mit der Politik der Parteiführung zum Ausdruck. Und das in einer Weise und Stärke, die für die Führung völlig überraschend war.

Seit Jahresbeginn war ein stets wachsender Druck der Arbeiter nach höheren Löhnen vorhanden. Die Gewerkschaftsführung lehnte jeden allgemeinen Lohnkampf ab - er würde, wie sie behauptete, nur zu neuen Preissteigerungen führen(!). Wozu sie höchstens bereit war, waren begrenzte Lohnbewegungen in den einzelnen Branchen. Aber selbst diese führte die Bürokratie nur unter dem Druck der Arbeiterschaft. Und dabei hatte Böhm vor zwei Jahren der Bourgeoisie gedroht: Jeder Großen Preissteigerung müßte durch Lohnerhöhung abgegolten werden! Hatte Proksch, 1. Sekretär des Gewerkschaftsbundes, zu Jahresbeginn eine "expansive Lohnpolitik" gefordert, um durch Hebung der Massenkauftkraft die Produktion anzukurbeln! Nun, da sich die Konjunktur immer deutlicher zeigte, den Kapitalisten immer höhere Profite einbrachte, waren die Böhm, Proksch & Co. nicht nur nicht bereit, den Anteil der Arbeiter an der Konjunktur zu fordern, nein, sie stemmten sich noch gegen ernste Lohnbewegungen und verhielten sich passiv zur ansteigenden Teuerung! Und ebenso passiv verhielt sich die rechte SP-Führung.

Während also die Bourgeoisie an der Konjunktur überreichlich verdiente, suchte sie noch die Massen durch Preissteigerungen aus!

Daß sie dazu imstande war und ist, dankt sie der rechten SP-Führung, ihrer Politik. Diese verzichtet selbst schon auf die bloße Drohung mit der Massenmobilisierung, um z.B. dem Preiswucher ein Halt! zu gebieten. Obwohl die "Arbeiter-Zeitung" die überreichen Profite der Unternehmer zugeben muß, denken SP- und Gewerkschaftsführung nicht daran, sie durch Massenkampf anzutasten. Die Rentenreform z.B. bezahlen sich die Arbeiter selbst! Obwohl Kamitz im ersten Halbjahr um eine Milliarde mehr an Steuern eingenommen hat, setzten SP- und Gewerkschaftsführung keinen Kampfschritt, um die Bourgeoisie zur Übernahme der Kosten der Rentenreform zu zwingen, oder um die längst fällige Gehaltserhöhung der Staats- und Gemeindeangestellten noch vor dem Sommer durchzusetzen.

Während sich also auf Basis der wirtschaftlichen Konjunktur die Koalition festigte, Bourgeoisie und SP-Führung wieder enger zusammenarbeiteten, wuchs in der selben Zeit die Unzufriedenheit der breiten Massen an, besonders die Unzufriedenheit der Arbeitermassen in den Betrieben. Und diese brachte die große Mehrheit der sozialistischen Betriebsräte am 28. Juni zum gewaltigen Ausdruck. Die Betriebsrätekonferenz vom 28. Juni stellt daher eines der wichtigsten politischen Ereignisse der letzten Zeit dar. Wochen nachher noch befaßte sich sowohl die bürgerliche als auch die SP- und Gewerkschaftspresse mit ihm. Und das mit vollem Recht, wie die Zukunft lehren wird.

Der 28. Juni kam aber keineswegs plötzlich. Ihm gingen eine ganze Reihe von kleineren und größeren Kämpfen in einzelnen Branchen und Betrieben voran, welche die SP- und Gewerkschaftsbükratie zu isolieren und aufzusplintern suchte. Als aber im Frühjahr die Teuerung rasch anzusteigen begann und trotz des Massenunwillens immer neue Rekorde erreichte, kam es zu größeren außerparlamentarischen Aktionen, so der Streik in Stockerau (in der Nähe Wiens) und die Salzburger Teuerungsdemonstration, die größte Demonstration, die diese Stadt je gesehen hat. So erscheint der 28. Juni als der konzentrierte Ausdruck der Massenunzufriedenheit, die sich in dieser ganzen Periode angesammelt hatte. Selbst die großen Siegesfanfaren der SP-Führung konnten diese Unzufriedenheit nicht übertönen. Die Betriebsräte ließen sich nicht irreführen. Sie schnitten an diesem Tage genau die Frage an, die ihnen wie den Massen auf den Fingern brannte.

Wenn sich an den 28. Juni keine Aktion und Bewegung angeschlossen hat, so hat das verschiedene Ursachen. Die wichtigste ist wohl die, daß sich aus dem Kreis der opponierenden sozialistischen Betriebsratsobmänner kein wirkliches Zentrum bildete, das einerseits bewußt die Opposition gegen die rechte Politik von Partei- und Gewerkschaftsführung weitergeführt hätte, andererseits in den Betrieben die Initiative zur Kampfaufnahme und seiner Ausdehnung übernommen hätte. Diese Reife haben die Betriebsratsobmänner noch nicht erreicht. Sie warfen sich der rechten Politik der Führung entgegen, aber, als sie ihrer Empörung Ausdruck gegeben hatten, ließen sie sich von Böhm übertölpeln und gingen eigentlich ratlos, bloß befriedigt über den Schlag, den sie den Böhm & Co. versetzt hatten, auseinander. Ein anderer Grund war wohl der, daß sich fast unmittelbar an den 28. Juni die Urlaubsperiode anschloß, in der ganze Betriebe für Wochen schlossen.

Die "Lehre", die die SP-Führung aus dem 28. Juni zog, ist unschwer zu erraten: die künftigen Konferenzen sollen "besser vorbereitet" werden, d.h. der Apparat soll besser funktionieren. Sicherlich wird die Führung nicht so bald wieder eine Konferenz der Betriebsräte einberufen.

Fassen wir nun zusammen, was die heutige politische Lage charakterisiert:

a)- Die Bourgeoisie zieht aus der Konjunktur überreichliche Profite. Durch die Teuerung wuchert sie die Massen aus. Die relative Sta-

bilität ihres Regimes bleibt vorläufig erhalten. Die Koalition mit der SP hat sich wieder gefestigt. Aus der wirtschaftlichen Konjunktur hofft die Bourgeoisie bei den bevorstehenden Wahlen Vorteile zu ziehen. Der faschistische und profaschistische Flügel der Bourgeoisie zersetzt sich infolge der anhaltenden Konjunktur weiter.

- b)- Die SP hat von der Bourgeoisie einige Reformen erreicht; sie läßt dafür die Bourgeoisie praktisch ungestört beim Einstreichen der Profite, beim Auswuchern der Massen durch die Teuerung, beim erhöhten Auspowern der Arbeiter durch die Rationalisierung. Der Politik der rechten Partei- und Gewerkschaftsführung wurde jedoch am 28. Juni von den sozialistischen Betriebsräten ein Schlag versetzt.
- c)- Die Arbeitermassen sind bislang um ihren Anteil an der Konjunktur betrogen worden; sie werden im Gegenteil durch die Teuerung noch ausgewuchert, durch die steigende Rationalisierung noch mehr ausgebeutet. Ihre wachsende Unzufriedenheit führte im Frühjahr und Sommer zu Teilstreiks und Demonstrationen. Die Konferenz vom 28. Juni drückte die tiefe Unzufriedenheit der Arbeiter mit der rechten SP-Politik deutlich aus.

Wie steht es mit dem Kleinbürgertum? Die Konjunktur hat sicherlich zu seiner Zufriedenstellung beigetragen: ein gewisser Anteil an der Konjunktur fällt für die kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land ab. Sie sind einigermaßen zufriedengestellt und wenden sich daher von den Neofaschisten ab. Ein Anzeichen für diesen Prozeß ist die Spaltung des VdU, die nicht bloß aus außenpolitischen Motiven - sie spielen sicherlich mit hinein - erfolgte. Wie in Italien und Frankreich spaltete sich auch in Österreich der neofaschistische Flügel der Bourgeoisie. Der Rückgang und Zerfall des Neofaschismus ist eine Folge der wirtschaftlichen Konjunktur, die seine Parteien der kleinbürgerlichen Massenbasis beraubt oder sie hindert, eine solche zu erlangen. Es ist jedoch fraglich, ob - wie vor einem Jahr in Deutschland - die vom Neofaschismus wegschwankenden kleinbürgerlichen Schichten die Hauptpartei der Bourgeoisie, die ÖVP, stärken werden. Wir kommen auf diese Frage noch zurück.

Wie wird sich die politische Lage in der nächsten Periode gestalten? Das hängt in hohem Grade vom weiteren Gang der Konjunktur ab. Da diese sicherlich noch etliche Monate andauern wird, ist für die vor uns liegende Periode, was Bourgeoisie und SP anbelangt, ein Weitergehen des Koalitionskurses vorauszusehen. In diese Richtung wirken auch außenpolitische Faktoren. Das Kleinbürgertum wird im großen und ganzen den Koalitionskurs der beiden Hauptparteien unterstützen; sein reaktionärer Flügel wird weiter geschwächt werden, damit die Basis des VdU, aber auch der ÖVP.

Die Frage, welche Richtung die Prozesse in der Arbeiterklasse einschlagen werden, ist nicht leicht zu beantworten. Der 28. Juni ist im Bewußtsein der vorgeschrittenen Betriebsarbeiter keineswegs untergegangen. Wohl aber hat die Tatsache, daß es anschließend zu keinen Aktionen gekommen ist, die Zuversicht der Arbeiter wieder gesenkt. Andererseits hat die zunehmende Konjunktur, der Rückgang der Arbeitslosigkeit die Arbeiterklasse gestärkt, ihre Kampfkraft erhöht. Das wird - trotz allen üblen Erfahrungen mit der Politik von SP- und Gewerkschaftsführung - politisch der SP zugute kommen. Das heißt aber durchaus nicht, daß die Rechten in der Partei gestärkt werden! Im Gegenteil. Bildet die Bereitschaft der Bourgeoisie, Reformen zu gewähren, die eine Grenze der reformistischen Politik, so die Geduld der Massen die andere. Letztere ist im Dahinschwinden, wie der 28. Juni gezeigt hat. Sicherlich bremst die Konjunktur den Radikalisierungsprozeß der Massen vorerst ab. Was er aber vorübergehend an Tempo vor-

liert, wird er an Tiefe gewinnen. Der 28. Juni hat den sozialistischen Betriebsräten genug Stoff zum Nachdenken gegeben. Er hat offen die Autorität der Böhm & Co. angegriffen und ins Wanken gebracht, was bisher noch nicht da war. Die nächste Etappe im Radikalisierungsprozeß wird der engere Zusammenschluß jener Vorhut der sozialistischen Betriebsräte sein, die am 28. Juni den Rechten eine so sichtbare und empfindliche Niederlage beigebracht haben. Die Tatsache, daß die Massen bei der heutigen Konjunktur nicht nur leer ausgehen, sondern noch dazu durch die Feuerung getroffen werden, wird Ausgangspunkt für neue Kämpfe sein. Hier sucht die stalinistische Politik richtig den Hebel anzusetzen. Warum ihr trotzdem kein Erfolg beschieden ist, soll im nächsten Abschnitt untersucht werden.

Die relative politische Stabilität scheint also für die nächste Periode durch die günstige wirtschaftliche Lage gesichert. Das muß durchaus nicht bedeuten, daß der Klassenkampf stagniert. Er wird nicht nur aus der Lage der Massen, sondern gerade in der kommenden Periode auch aus der internationalen Situation Impulse erhalten. Wir brauchen hier nur an die Frage der deutschen Wiederaufrüstung denken. Einen gewissen Anstoß wird er auch aus den bevorstehenden Wahlen bekommen.

Konjunktur und Wahlen

Von Mitte Oktober bis November finden wichtige Landtags- und Gemeindewahlen statt, bei welchen zwei Drittel der Wählerschaft zur Urne gehen werden. Das Wahlbarometer wird also verlässlich genug funktionieren können.

Welche Aussichten hat die Bourgeoisie in der Wahl? Die ÖVP kämpft vor allem um ihre Stellung in Wien und Niederösterreich, dem wichtigsten Land nach Wien. Als Trumpf spielt sie den Raab-Kamitzkurs aus. Sicherlich haben Raab und Kamitz ihre Wendung im Sommer auch mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen gemacht: sie wollten der SP einige Argumente aus der Hand schlagen. Dennoch scheint die ÖVP wenig zuversichtlich zu sein. In Wien z.B. schreibt sie einfach das Wahlprogramm der SP ab, arbeitet sie mit offenen Betrugslosungen ("Mehr Wohnungsbau - wenn weniger Sozialisten im Rathaus!"). Sie sucht sich somit betrügerisch dem SP-Wahlprogramm anzupassen, was schon ein Zeichen der politischen Schwäche ist. Das zeigt auch die Lizitationstaktik, die sie der KP abgeschaut hat - und die bei ihr dieselbe Wirkung, nämlich Null, haben wird.

Natürlich könnte die Wirtschaftskonjunktur der ÖVP, wie im Vorjahr in Westdeutschland Adenauer, die Stimmen breiter kleinbürgerlicher Schichten zuführen. Doch wirken die großen ÖVP-Korruptionsfälle Reboetschek-Krauland, sowie die unpopuläre Vermögensrückgabe an Starhemberg im Gegensinne. (Die rechte SP-Führung hat sicherlich in der Starhembergfrage jede Aktion unterlassen, um durch ihre "besonnene" Haltung - Anerkennung des Spruchs; Feststellung, daß er dem Volksempfinden widerspricht - kleinbürgerliche Stimmen einzufangen). Die aus der Zersetzung des VdU herrührenden kleinbürgerlichen Wähler sind vorwiegend antiklerikal eingestellt; sie werden angesichts der massiven ÖVP-Korruption und der Starhembergaffäre viel eher zur SP schwanken.

Was die zweite Bourgeoispartei, den VdU, betrifft, so stehen ihre Chancen schlecht. Bis jetzt konnten die VdU-Splitter zu keiner gemeinsamen Wahlbasis gelangen. Im Februar 1953 hat der VdU in Wien auf ÖVP-Kosten Gewinne erzielt. Diesmal wird die SP auf seine Kosten gewinnen.

Nun zur SP. Sie wird ihre Stellung wahrscheinlich nicht nur behaupten, sondern noch verbessern. Es ist sogar nicht von der Hand zu weisen, daß ein ernsthaftes Überflügeln der ÖVP die SP dazu führen

könnte, im kommenden Frühjahr allgemeine Wahlen herbeizuführen, in welchen sie nicht nur die Stimmen- sondern auch die Mandatsmehrheit erhält. Der Zerfall des VdU könnte der SP eine solche Chance bieten.

Die SP-Führung stellt ihren "Sieg" über Kamitz in den Vordergrund: sie bezeichnet ihre Politik als den Weg zur Konjunktur. In politischer Hinsicht ist ihr Wahlprogramm in konzentrierter Weise gegen die ÖVP, den Hauptgegner, ausgerichtet, der in Ländern und Gemeinden geschlagen werden soll. Dem Programm fehlt jedoch jede kleinste Andeutung einer sozialistischen Perspektive.

Ansonst ist es ein Katalog von größeren und kleineren Reformen, im Zentrum sozialer Wohnungsbau, Arbeitsbeschaffung und Fürsorge für die Jugend und die älteren Generationen (die Überalterung der Bevölkerung gibt den älteren Generationen erhöhtes wahlpolitisches Gewicht). Es bleibt die Frage, ob die passive Haltung der SP-Führung in der Frage der Forderung, des Kampfes um höhere Reallöhne, in der Krautland- und Starhembergaffäre nicht zu einem Rückgang ihres Einflusses führen wird. Die Antwort hierauf ist: Die Empörung der Massen über die ÖVP ist viel, viel größer als die Erbitterung über die rechte Führung und Politik der SPÖ. Die großen Massen sehen trotz manch bitterer Erfahrung die SP immer noch als ihre Partei an. Die stalinistische Politik und die russischen Besatzungsmethoden stoßen sie immer wieder zurück in die Arme der SP. Schließlich kann die SP-Führung auf einige Reformen und auf die Leistungen der Wiener Gemeindeverwaltung hinweisen. Das alles zusammengenommen ergibt im Bewußtsein der großen Massen immer noch ein ansehnliches Plus für die SP, die neuerlich Gewinne erhalten, nur im schlechtesten Falle sich behaupten wird. Sicher: es fehlt diesmal die offene Kluft gegenüber der ÖVP, wie sie in der Budgetfrage vor der Wahl im Februar 1953 bestanden hat und welcher der damalige Vormarsch zu danken war. Dennoch ist das Ansehen der ÖVP bei den großen Massen im letzten Jahre keineswegs gestiegen. Die SP wird sich also zumindest gut behaupten.

Wenden wir uns schließlich der stalinistischen Politik zu. Wenn wir im Frühjahr vom Ansatz zu einer Wendung in der ultralinken-sektiererischen Politik der KPÖ sprechen konnten, so ist das heute schon wieder überholt. Damals schien es, als ob sie aus der Niederlage bei den Betriebsrätewahlen bescheidene Lehren ziehen wollte. - Heute ist alles vergessen. Hauptfeind für die KP ist praktisch die SP, nicht die ÖVP. Das erste große Wahlplakat der KP richtet sich nicht gegen die Bourgeoisie - nein, gegen die SP-Gemeindeverwaltung! In ihrem Wahlauf Ruf - die KP tritt wieder getarnt als "Volksopposition" auf - wird, anknüpfend an eine Bemerkung von Jonas, daß auch nach einem SP-Sieg bei den Wahlen die Zusammenarbeit mit der ÖVP weitergehen werde, einfach erklärt, das beweise eben, daß es für den Arbeiter völlig gleichgültig sei, ob er SP oder ÖVP wähle ("Egal, ob man ÖVP oder SPÖ wählt", Nr. 4 der KP-Wahlzeitung). Mit diesem ultralinken Unsinn glauben die Stalinbürokraten, auch nur einen SP-Arbeiter gewinnen zu können! Dabei hat die SP-Führung selbst der KP ungewollt einen Wink gegeben: die "Volksstimme" brachte jüngst eine Stelle aus einem Brief Pittermanns, der neuerlich die "Kleine Splitterpartei", lies: die KPÖ, dafür verantwortlich macht, daß die SP nicht die Mehrheit habe und daher nicht alles das durchsetzen könne, was nötig wäre. Anstatt daran anzuknüpfen und der SP zur Mehrheit zu verhelfen, ihr die Stimmen zu geben, um ihr die letzte Ausrede zu nehmen (- und das gerade jetzt, wo es in der Tat reale Möglichkeit ist, der SP zur Mehrheit zu verhelfen -), anstatt also diese geschmeidige Wahltaktik einzuschlagen, an die parlamentarischen Illusionen der SP-Arbeiter anzuknüpfen, um sie davon zu befreien - anstatt dessen erklärt die KP die SP zum Feind Nr. 1, schreitet sie jetzt schon von Wahlschwindel und sucht mit Hilfe der russischen Besatzungsmacht ihr Grundmandat in Wien zu sichern. Das Ergebnis wird dementsprechend ausfallen. Ihre Stimmenzahl

wird kaum wachsen, sie wird Mühe haben, den kleinen Gewinn vom Februar 1955 zu behaupten. Sie wird auch infolge ihrer falschen Politik kaum einen Gewinn aus der Teuerung und der Unzufriedenheit der Arbeiter haben.

Die Wurzel der verheerenden Politik der KP ist das außenpolitische Interesse der Kremlbürokratie, die ihre Rechnung veräterisch auf die österreichische Bourgeoisie, deren "Neutralisierung" abstellt. Diesem Ziel des Kreml unterordnet sich die KPÖ vollkommen. Auf ihrem Parteitag im Frühjahr beschloß sie eine "programmatische Erklärung". Ihr Kernstück ist das Angebot an die Bourgeoisie, mit der KP zusammen eine Regierung zu bilden (Koplenig: "Wir sind bereit, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften die Verantwortung zu tragen für Unabhängigkeit, Demokratie und Frieden"). Die KP will also die Einheitsfront mit der Bourgeoisie, nicht mit der SP. Diese zählt anscheinend nicht zu den "demokratischen Kräften". Die Antwort auf diese verheerende Politik haben die SP-Arbeiter längst gegeben und werden sie jetzt neuerlich geben.

Ein Wahlsieg der SP würde natürlich an den grundlegenden Machtverhältnissen in Österreich nichts ändern. Die rechte Führung würde sich durch einen solchen Sieg noch bestätigt finden und ihren Koalitionskurs verstärkt fortsetzen. Dennoch hätte ein solcher Sieg große Bedeutung. Wie immer die Rechten ihn auszubeuten versuchen würden, er würde unvermeidlich die Frage nach der Eroberung der Mehrheit im Parlament, damit die Frage nach dessen Neuwahl und in weiterer Folge die Frage der sozialistischen Alleinregierung aufrollen. Eine solche Entwicklung der Lage würde eine neue, äußerst günstige Perspektive für den Klassenkampf in Österreich eröffnen.

Unsere Aufgaben, unsere Taktik

Die nächste Aufgabe, die sich bezüglich der Tagesinteressen der breiten Massen stellt, besteht darin, überall, im Betrieb, in der Gewerkschaft, in der SP-Fraktion und -sektion, unermüdlich die Arbeiter, vor allem die aktivsten, entwickeltsten Arbeiter, auf die Frage hinzulenken: Die Arbeiterklasse hat bis jetzt überhaupt keinen Anteil an der Konjunktur gehabt - ganz im Gegenteil zu den Unternehmern, deren Profite ungeheuer angestiegen sind und weiter ansteigen. Weder die Konjunktur noch die erhöhte Produktivität (heißt erhöhte Ausbeutung), haben sich bis jetzt in einer Erhöhung des Reallohnes ausgewirkt. Darum: Sofortige Aufnahme des Lohnkampfes! Die Lohnerhöhung muß auf Kosten der riesig angestiegenen Profite erfolgen! Um höheren Lohn zu erreichen, um jeden Versuch, die Preise neuerlich hinaufzuschrauben, zu verhindern: Übergang zum Streikkampf! Konjunkturzeit ist die beste Kampfzeit! Wir fordern Zusammenfassung der Kämpfe! Jetzt ist die Zeit, wo die Gewerkschaftsleitungen die Kollektivverträge kündigen müssen, um die Unternehmer zu höheren Löhnen (ohne jede Preissteigerung) zu zwingen. Das kann nur durch die ganze Branche, den ganzen Industriezweig umfassenden Kampf erreicht werden. Die Taktik der Unternehmer+) besteht darin, die Arbeiter in kleine und kleinste betriebliche Kämpfe um etliche Groschen Lohnerhöhung zu verwickeln, dabei die Etappen einer solchen geringfügigen Erhöhung möglichst hinausziehend. Dieser Taktik muß entgegengewirkt werden und der allgemeine Kampf von den Gewerkschaften gefordert werden.

Der Kampf um höheren Lohn muß verbunden werden mit dem Kampf gegen die Überstundenschinderei und die Arbeitslosigkeit. Keine Überstunden mehr - sondern höhere Löhne! Dafür Einstellung von Arbeitslosen! Hunderttausend sind noch arbeitslos, wobei die schulentlassene Jugend nicht mitgezählt erscheint! Schaffung von Lehrwerkstätten auf

+) von der Gewerkschaftsbürokratie hingenommen;

Kosten der Unternehmer, die überreichliche Profite machen! Keine Senkung der Unternehmersteuern, keine Geschenke an die Großbanken, sondern Verwendung der Beträge zur Schaffung von Lehrwerkstätten!

Jüngst hat der Linzer Arbeiterkammertag die Frage der "expansiven Lohnpolitik" aufgeworfen, worunter - nach der "Arbeiter-Zeitung" - die "vorgängige Lohnausweitung", die "eine Produktionssteigerung erzwingen soll", verstanden wird. Durch die "vorgängige" Lohnerhöhung soll die Massenkaufkraft gehoben werden, was wieder zur Ankurbelung der Produktion führen soll. Dazu muß gesagt werden: die Arbeiterklasse hat noch sehr viel aufzuholen, bevor ihr Lohn wirklich "ausgeweitet" wird! Im Frühjahr hat Proksch, der erste Sekretär des Gewerkschaftsbundes, darauf hingewiesen, daß die Hebung der Massenkaufkraft notwendig sei, um die Arbeitslosen in die Betriebe zu bringen. Der ÖGB hat aber damals nicht den kleinsten Kampfschritt unternommen, um das zu erreichen. Seither hat der 28. Juni gezeigt, daß die Geduld der Arbeiter zu Ende geht. Es ist wahrscheinlich, daß sich unter dem Druck der Arbeiter ein Teil der reformistischen Bürokratie umorientiert und in wachsenden Gegensatz zu den Rechten, den Schärf, Böhm & Co gerät. Wir unterstützen die Forderung nach Hebung der Massenkaufkraft durch Lohnerhöhung - ohne jede Preissteigerung. Den Kampf dafür aufzunehmen, ist die unmittelbare Aufgabe der Gewerkschaften. Das müssen wir überall vertreten und eine offensive Gewerkschaftspolitik fordern, die die günstige Kampfzeit, die die heutige Konjunktur bietet, auch wirklich nützt.

Die Frage des Kampfes zur Durchsetzung der unmittelbaren Interessen der breiten Massen müssen wir mit den aktuellen politischen Fragen verknüpfen. In den bevorstehenden Wahlen behalten wir unsere Taktik, für die SPÖ zu stimmen, weiterhin bei. Wir schlagen diese Taktik nicht bloß aus dem allgemeinen Grund, weil wir entristisch arbeiten, ein. Nein, wir verbinden diese Wahltaktik - als Teil unserer entristischen Taktik - mit einer bestimmten strategischen Perspektive, die wir nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Diese Perspektive faßt sich unter der Lösung: SP an die Macht! Sozialistische Alleinregierung! zusammen. (Wir wissen natürlich, daß zu ihrer Realisierung mehr als Wahlen nötig sind.)

In allen wirtschaftlichen und politischen Fragen müssen wir stets das Hauptfeuer gegen die Bourgeoisie richten. Sie ist und bleibt der Hauptfeind, der Klassenfeind der Arbeiterklasse. Ihr verfaultes System muß vernichtet werden, um den Weg zum Sozialismus freizulegen. Die rechte Politik der SP-Führung behindert, hemmt, lähmt den Kampf der Arbeiterklasse, liefert sie letzten Endes dem Klassenfeind aus. Wo immer wir Gelegenheit haben, im Betrieb, in der SP-Fraktion, -Sektion, treten wir gegen die rechte Politik von SP- und Gewerkschaftsführung auf.

Zwei Fragen, die in der letzten Zeit die Arbeiterschaft bewegten, sind die Vermögensrückgabe an Starhemberg und die Wiener Randgemeindenfrage.

In der ersten Frage fühlen sich die sozialistischen Arbeiter mit Recht von der SP-Führung betrogen. Was führte sie vor Jahren auf, um eine ernsthafte Aktion der gesamten Arbeiterklasse in dieser Frage abzuwürgen! Helmer erstattete sogar großartig eine Hochverratsanzeige gegen Starhemberg. Jetzt, wo der Bandit sein 100 Millionen Vermögen wieder einsteckt, als ob nichts geschehen wäre - jetzt unterläßt die SP-Führung jeden kleinsten Schritt, um das durch außerparlamentarische Aktion zu verhindern, die Bourgeoisie zum Rückzug zu zwingen. Es versteht sich, daß die KP die Frage - mit Recht - aufgegriffen hat. Sie konnte das nur, weil ihr die rechte SP-Führung dazu Gelegenheit gegeben hat.

Die Frage der Wiener Randgemeinden hat ebenso in Teile der Massen schwere Verstimmung mit der rechten Politik erzeugt. Wenn es - was unwahrscheinlich ist - zu einer Schwächung der SP bei den bevorstehenden Wahlen kommt, dann ist dazu die rechte Politik der SP-Führung in

der Starhemberg- und der Randgemeindenfrage sicher sehr ausschlagend gewesen. Ohne sich um den Willen der betroffenen Bevölkerung zu kümmern, wurde - ohne den geringsten Einwand seitens der rechten Führung - das aus der Zeit unmittelbar nach Kriegsende stammende Gesetz in Anwendung gebracht. Das führte auch innerhalb der SP zu großen Differenzen. In beiden Fällen, dem Starhembergvermögen und der Randgemeindenfrage, hat die rechte Führung vor der ÖVP kampflos kapituliert. Wir unterstützen in beiden Fällen die Forderung nach Aufhebung der getroffenen Maßnahmen und fordern außerparlamentarischen Kampf, um dies zu erzwingen.

Zu diesen beiden Fragen kommt noch eine dritte hinzu, die in den letzten Monaten, insbesondere im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung, mehr und mehr auch die sozialistischen Arbeiter, trotz aller entgegenwirkenden Bemühungen der rechten Führung, zu erregen begonnen hat: der Kampf gegen die Soldatentreffen. Wir dürfen diese Frage keineswegs gering schätzen; sie hat auf dem vorjährigen Parteitag der SPÖ eine große Rolle gespielt. Der Widerstand der Delegierten war aber bereits so groß, daß die Rechten es vorzogen, es zu keiner Abstimmung kommen zu lassen. Seither hat die Kremldiplomatie und die KP die Frage aufgegriffen, was die Rechten benützten, um jeden Kampf gegen die Soldatentreffen als "kommunistisch" zu bezeichnen. Daß aber der Kreml und die KP diese Frage überhaupt aufgreifen konnten, daran sind wieder die Rechten schuld, die sich nicht scheuten, an solchen Treffen teilzunehmen und die verbrecherische Illusion von der "Eroberung der Soldatenbünde" zu verzapfen. Seither haben die Rechten einige derbe Schläge erhalten: die EVG ist ins Wasser gefallen; die SPD, der sie vor einem Jahr eine "den Massen nicht verständliche außenpolitische Linie" vorwarfen, ist unterdessen bei allen Wahlen vormarschiert; in England versuchen die Attlee & Co., sich "links" zu gebärden. Die Position der Rechten ist international ins Rutschen gekommen. In Österreich wird das ebenso der Fall sein. Die Frage Soldatenbünde ist daher eine Frage, die wir nicht übersehen dürfen. Sie kann sogar - im Zusammenhang mit der Frage der deutschen Wiederaufrüstung - noch hochaktuell werden. Gerade bei dieser Frage hat sich der schändliche Charakter der rechten Politik am deutlichsten gezeigt.

Im Kampf gegen die rechte Politik der jetzigen SP-Führung skizzieren wir eine "linke Politik", die wir der rechten entgegensetzen und die in die Richtung unseres Programms weist. Wir wissen, daß diese unsere Anstrengungen zur Herausbildung eines linken Flügels in der SP ohne Unterstützung durch einen mächtigen objektiven Prozeß vergeblich wären. Dieser objektive revolutionäre Prozeß läuft aber bereits; er wird auch die SPÖ ergreifen. Auch hier wird die Position der Rechten ins Rutschen kommen; der 28. Juni war ein Signal dazu. Schon ein Abklingen der wirtschaftlichen Konjunktur, das unvermeidlich kommt, wird die Krise verschärfen und zugleich neue Konflikte schaffen. Am Beginn wird sich die reformistische Bürokratie selbst in Fraktionen zerspalten: in eine, die bedingungslos an die Bourgeoisie gebunden ist; in eine zweite, die unter dem Druck der Massen versucht, sich diesen anzupassen. In diesem Anfangsstadium werden wir die letztere gegen die erstere unterstützen, so untaugliche Bürokraten vorerst auch an der Spitze der Bewegung stehen mögen. Wir orientieren uns dabei auf die Massen, die anfangs solchen Elementen vertrauen werden. Im Verlaufe des weiteren Kampfes werden sie sich - mit unserer Hilfe - eine echte linke Führung schaffen, die sich unvermeidlich in wachsendem Maße auf unser Programm, auf das Programm der I. V. Internationale hin, orientieren wird. Mit ihr, mit der Avantgarde der Massen zusammen werden wir die neue revolutionäre Klassenpartei des österreichischen Proletariats schaffen.

25. September 1954.

EVG UND DEUTSCHE WIEDERAUFÜSTUNG

Eine Entscheidung über die EVG und die Wiederaufrüstung Deutschlands steht bevor.

Während USA und England den stärksten Druck auf Frankreich ausüben, um es zu zwingen, den EVG-Vertrag zu ratifizieren, steht die Regierung Mendès-France, die den Waffenstillstand in Vietnam erreicht hatte, selbst unter Druck und muß aus einer Lage herauskommen, die sie auf die Dauer für unhaltbar hält. Sie fühlt sich andererseits in einer guten Position, um die Lösung dieses Problems in Angriff zu nehmen.

Adenauer verlangt seinerseits mit wachsender Heftigkeit, daß die deutsche Souveränität mit all ihren Rechten, einschließlich dem auf Aufrüstung, baldigst wieder hergestellt werde. Er verlangt dies umso mehr, als Ost-Deutschland gegenwärtig auf diesen Gebiete einen Vorsprung besitzt.

Die europäische Bourgeoisie ist entschlossener denn je, unter der einen oder anderen Form die Wiederaufrüstung Deutschlands und dessen Einbeziehung in den Atlantikpakt zu erreichen.

Die Führungen der westlichen Sozialdemokratien sind in ihrer Mehrheit ebenfalls für die Wiederaufrüstung Deutschlands und für seine Einbeziehung in die Heilige konterrevolutionäre Allianz in der einen oder anderen Form. Nur die Bevan-Tendenz in England stellt sich gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands in jeder Form. Sie vertritt aber diese Position mit stark diskriminierenden Argumenten in Bezug auf Deutschland als Nation ("hat dreimal den Krieg in einem Jahrhundert provoziert" usw., argumentiert Bevan in seinen Artikeln). Sie bezeichnet als Mittel, um die Wiederaufrüstung zu verhindern, die Aufrechterhaltung des status quo in Deutschland, d.h. seine verlängerte Besetzung. (Besonders gewisse Argumente, die in der kürzlich erschienenen Broschüre "IT NEED NOT HAPPEN" von A. Bevan und seinen Freunden entwickelt werden, sind unzulässig. Sie gestatten es Morrison, sich auf billige Art und Weise als einen "Internationalisten" aufzuspielen.)

In Wirklichkeit besteht in einigen Fragen eine große Konfusion: in den Fragen EVG, Atlantikpakt und Wiederaufrüstung Deutschlands.

Überall, in allen Ländern des Westens, hat das Proletariat die Aufgabe, aufs schärfste gegen die EVG und den Atlantikpakt zu kämpfen. Die Frage der Wiederaufrüstung Deutschlands stellt sich dagegen in jedem einzelnen Lande verschieden, da Deutschland ein besetztes Land ist.

In Deutschland selbst ist das Proletariat gegen die Aufstellung einer kapitalistischen Armee und deren Einschluß in eine konterrevolutionäre Europaarmee, ebenso wie gegen die Einbeziehung des Landes in den Atlantikpakt.

In England oder in Frankreich, imperialistischen Ländern, die Deutschland besetzt halten, muß das Proletariat gegen die EVG, gegen den Atlantikpakt und für den Rückzug der Besatzungstruppen seiner eigenen Bourgeoisie, die Deutschland hält, auftreten. Auf diese Weise kann das englische und das französische Proletariat gegen die Wiederaufrüstung der deutschen Bourgeoisie und gegen deren militärisches Bündnis mit der eigenen Bourgeoisie kämpfen.

Der Kampf muß sich gegen die Instrumente der eigenen Bourgeoisie richten, die die Wiederaufrüstung der deutschen Bourgeoisie ermöglichen und sogar fördern: nämlich gegen die Besatzungstruppen der eigenen Bourgeoisie in Deutschland. Diese Truppen haben die Aufgabe, die einzige Klassenkraft, die gegen die Wiederaufrüstung der deutschen Bourgeoisie zu kämpfen imstande ist, nämlich das deutsche Proletariat, in seinem Kampfe zu behindern.

Jeder Gedanke dagegen, der in den Kampf des englischen und französischen Proletariats gegen die deutsche Wiederaufrüstung die Aufrechterhaltung der Besetzung Deutschlands durch die Truppen der englischen oder französischen Bourgeoisie miteinbezieht, ist reaktionär und praktisch wirkungslos. Eine solche Politik muß nämlich, auf längere Sicht gesehen, eine Umkehr in der Haltung der deutschen Massen bewirken, die sich heute gegen die Wiederaufrüstung ihrer Bourgeoisie wenden.

Die Spaltung innerhalb der Labour Party in England zwischen der rechten Tendenz Attlee-Morrison und der Tendenz Bevan in der Frage der Wiederaufrüstung Deutschlands hat unbestreitbar eine Klassengrundlage und darf nicht ignoriert werden, trotz der konfusen und falschen Argumentation der bevanistischen Führung. Die bevanistische Opposition drückt vor allem jene Massenströmung in der Labour Party aus, die den Kriegsplänen des Imperialismus feindlich gegenübersteht. Man muß sich daher dieser Strömung anschließen und sie unterstützen. Aber man muß sie kritisch unterstützen, in dem man alles das, was beim Kampf gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands und über die Klassenkampfmittel, die angewendet werden müssen, um sie zu erreichen, klarstellt: Kampf in England (wie in Frankreich) gegen die Wiederaufrüstung der deutschen Bourgeoisie und gegen ihr Militärbündnis mit der englischen Bourgeoisie muß heißen Kampf gegen die EVG, gegen den Atlantikpakt und für den Rückzug der englischen Besatzungstruppen aus Deutschland.

Es ist einzig und allein Aufgabe des deutschen Proletariats, ohne jedes Dazwischentreten ausländischer kapitalistischer Instrumente die Wiederaufrüstung und die Kriegspläne seiner eigenen Bourgeoisie innerhalb eines freien und geeinten Deutschland zu verhindern.

(Aus der "Quatrième Internationale",
Nr. 6-8, Juni-August 1954. Übersetzung aus dem Französischen)
